



Ständeräte wechseln ins Ja-Lager

Erleichterte Einbürgerungen Nach anfänglicher Ablehnung sprechen sich Damian Müller und Peter Hegglin nun für die Einbürgerungsvorlage aus – wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen.

«Die Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration sollte weiterhin Sache der Kantone sein.» Mit diesen Worten begründete der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller im Dezember gegenüber unserer Zeitung seine ablehnende Haltung gegen die Einbürgerungsvorlage, die am 12. Februar vors Volk kommt. Wie die Hälfte seiner Parteikollegen hatte Müller in der Kleinen Kammer aus föderalistischen Überlegungen den roten Knopf gedrückt.

Stimmt das Volk der Vorlage zu, dann ist in Zukunft der Bund für Einbürgerungsgesuche von jungen Ausländern der dritten Generation zuständig. Inhaltlich spreche nichts gegen die erleichterte Einbürgerung, sagte Müller im Dezember – wenn da nicht die Kompetenzverschiebung auf die Bundesebene wäre. Inzwischen hat Müller seine Meinung geändert. Auf seiner Webseite empfiehlt er den Stimmbürgern, ein Ja in die Urne zu legen.

Müller sieht Mitsprache doch gewahrt

Nach Gesprächen mit dem Kanton und seiner Wohngemeinde sei er zur Überzeugung gelangt, dass die Mitsprache der unteren Staatsebenen auch bei der erleichterten Einbürgerung gewährleistet sei, sagt der 32-jährige Ständerat. «Bei jedem Einbür-

gerungsgesuch hört der Bund den jeweiligen Kanton an, der sich wiederum bei der Gemeinde erkundigt», sagt Müller. Er habe mit seinem Nein in der Kleinen Kammer auch ein Zeichen setzen wollen gegen die zunehmende Kompetenzverlagerung von den Kantonen zum Bund. Weil Kantone und Gemeinden bei der erleichterten Einbürgerung weiterhin ein Vetorecht hätten, sei die Kompetenzverschiebung in diesem Fall aber unproblematisch. Müller führt inzwischen sogar ein föderalistisches Argument für die Vorlage ins Feld: «Aktuell sind die Verfahren in den Kantonen zu unterschiedlich.» So müssten die jungen Ausländer der dritten Generation in einigen Kantonen einen Sprachtest absolvieren, in anderen nicht. Bei einem Ja am 12. Februar würden überall dieselben Spielregeln gelten.

Damian Müller ist nicht der einzige Ständerat, der ins Ja-Lager gewechselt hat. Auch der Zuger Peter Hegglin (CVP) unterstützt mittlerweile die Vorlage. Wie Müller und die Mehrheit seiner Parteikollegen im Ständerat war Hegglin der Meinung, dass Kantone und Gemeinden weiterhin für Einbürgerungen von jungen Ausländern der Enkelgeneration zuständig sein sollten. Diese Meinung vertritt er noch immer.

Zum Befürworter wurde

Hegglin wegen der von SVP-Vertretern initiierten Burka-Kampagne. Diese macht mit der angeblichen Überfremdung und «der massiven Zunahme der muslimischen Bevölkerung» in der Schweiz Stimmung gegen die Vorlage – von der vor allem junge Italienerinnen und Italiener profitieren würden. «Ich will nicht zum Lager jener gehören, die für diese Kampagne verantwortlich sind», sagt er. «Man geht nicht so mit Menschen um, die ihr ganzes Leben oder einen grossen Teil davon in der Schweiz verbracht haben und die unsere Sprache sprechen.» Auch Damian Müller ärgert sich über die Kampagne: «Das verletzt die Würde der jungen Ausländer, die von einem Ja profitieren würden, und hat nichts mit der Realität zu tun.»

Vom Unmut gegen die Burka-Plakate profitiert die Operation Libero, die sich gemäss Eigenbeschreibung für eine weltoffene und zukunftsgerichtete Schweiz einsetzt. Mit einer Sammelaktion im Internet hat die Organisation bis am Freitag Spendeneinnahmen von 150 000 Franken generiert, wie Sprecher Silvan Gisler sagt. Das Geld fliesst in eine Plakatkampagne, wobei sich die Operation Libero auf jene Kantone konzentriert, die im Kampf um das nötige Ständemehr den Ausschlag geben könnten.

Tobias Bär